

gethan sein, um günstigere Bedingungen für den deutsch-englischen Telegraphenverkehr zu ermöglichen. Namentlich wird eine Ermäßigung der Gebühr für die einfache Depesche auf 4 Frs. erstrebt. Zugleich soll wegen einer Vereinfachung des Telegraphentarifs im Verkehr mit Frankreich verhandelt und namentlich für die während der Abend- und Nachtstunden, wo die Drähte meist unbeschäftigt sind, zur Beförderung gelangenden Depeschen eine Ermäßigung herbeigeführt werden. Hierbei sind namentlich Abonnements der Zeitungen auf Nachtdepeschen zu ermäßigten Preisen ins Auge gefaßt, wie solche unter anderem für die „Times“ zwischen England und Frankreich bereits bestehen.

Der „Reichs-Anzeiger“ theilt mit, daß unter Bezugnahme auf die schon im vorigen Monate an selbiger Stelle veröffentlichten Berichte aus London die großbritannischerseits angekündigte und mit dem 30. d. M. in Kraft tretende Blokade der Küste von Dahomey sich über das Küstengebiet zwischen 1° 32' und 2° 35' beider östlicher Länge erstrecken und speciell die Hafensplätze Porto Seguro, Little Popo Aghwey, Great Popo, Whydah, Gordomy oder Sackin und Cutannee oder Appi Vista umfassen werde.

Wie man aus Darmstadt schreibt, beantwortete der Ministerpräsident in der Sitzung der Zweiten Kammer eine an die Regierung gerichtete Interpellation des Abg. Edinger, betreffend die Stellung zum Reichseisenbahnprojekt. Der Minister erklärte, daß die Regierung zur Zeit noch nicht in der Lage sei, sich über ihre künftige Stellung zu dem Projekte auszusprechen, da die Prüfung desselben, ohne Kenntniß der Bedingungen und künftigen Verwaltungsbeinrichtungen, unter denen ein großer Komplex von Eisenbahnen dem Reiche übertragen werden solle, weder vom Standpunkte der Reichsverfassung, noch von dem Gesichtspunkte der Interessen des Reichs und der beteiligten Bundesstaaten ermöglicht wäre.

Das auf Amtsentsetzung gerichtete Verfahren gegen den Erzbischof von Köln, Dr. Paulus Melchers, ist durch den von dem Königl. Gerichtshofe für kirchliche Angelegenheiten gefällten Spruch zum Abschluß gelangt. Nach dem fast zweistündigen Vortrage des Referenten Appellations-Gerichtsrath Bürgers (Köln) und dem Plaidoyer des Oberstaatsanwalts Irgahn, als Vertreters der Regierung, wurde dem Antrage des Letzteren gemäß auf Amtsentsetzung erkannt.

Oesterreichisch-Ungarische Monarchie. Am 27. d. M. ist in Wien ein von gegen 500 Personen besucht gewesener Parteitag abgehalten worden, in welchem der Ausgleich mit Ungarn diskutirt und die Annahme aller diesbezüglichen Resolutionen beschlossen wurde. Der Reichsrathsabgeordnete Kopp sagte in seiner Schlussrede: „Die Gefahr ist so groß, daß die gesammte Partei vollständig einberufen werden mußte; wir sind durch den Ausgleich von 1867 geschädigt und haben diesen geduldig wie ein Naturgesetz ertragen. Jetzt ist die Geduld erschöpft, weil die Regierung uns größere Lasten aufbürdet. In der Debatte bemerkte Hofrath Hoeffken, ein Ausgleich mit Ungarn auf der Basis von 1867 sei gleichbedeutend mit dem Ruin Oesterreichs. In Erwägung der schweren Gefahren, so heißt es dann am Schlusse der Resolution, welche der Gesamtmonarchie durch das Zurückdrängen der allzeit reichstreuern Erblande in ein Ungarn gegenüber tributäres Verhältnis über kurz oder lang drohen — erachtet der niederösterreichische Parteitag die am 6. Mai 1876 kundgemachten Ausgleichs-Vereinbarungen für Oesterreich beschwerend und für unannehmbar, erwartet von den gesetzlich hierzu berufenen Körperschaften die Anbahnung einer den Leistungen beider Reichshälften angemessenen Machtvertheilung mit allen verfassungsmäßigen Mitteln als Bedingung einer jeden neuerlichen Vereinbarung mit Ungarn und erklärt für den Fall, daß diese Anbahnung nicht gelänge, selbst eine Personal-Union trotz ihrer schweren Nachteile solchen Ausgleichsvereinbarungen vorzuziehen, welche den bestehenden Mißständen nicht abhelfen, sondern neue schaffen.“ Ueber die Dispositionen der oesterreichisch-ungarischen Regierung mit Rücksicht auf den serbisch-türkischen Krieg erhält die „Pester Korresp.“ folgende Mittheilung: „Oesterreich-Ungarn sieht der Bewegung auf der Balkanhal-

insel vollständig gerüstet gegenüber. Schon während der Delegationsverhandlungen wurden die allenfallsigen Eventualitäten der Entwicklung der Orientfrage nach jeder Richtung hin in Erwägung gezogen und zwischen sämtlichen leitenden Ministern der Monarchie die zu treffenden Maßnahmen bis ins kleinste Detail vereinbart. Der ungarische Minister-Präsident war damals bereits in der Lage, dem gemeinsamen und dem oesterreichischen Ministerium Schriftstücke und Mittheilungen zur Kenntniß zu bringen, welche nicht nur das Vorhandensein einer intensiven Agitation in Südungarn konstatariren, sondern zugleich auch über Personen und Dinge sehr werthvolle Details boten. Alle Dispositionen sind getroffen, um im Augenblicke des Kriegsausbruchs die Grenzen der Monarchie hermetisch zu verschließen und über den Köpfen der staatsfeindlichen heimischen „Berber“ die Maschen eines weitumfassenden Netzes zusammenzuziehen. Nicht nur sind die Linien-Regimenter besignirt und zugleich auch entsprechend dislocirt, welche im vorausgesehenen Augenblicke gegen das Grenzgebiet vorgeschoben werden; es wurde auch dahin Vorsorge getroffen, daß ein Theil der Landwehr beider Staaten, namentlich aber Ungarns, den — wenn der Ausbruch gestattet ist — „friedlichen“ Theil des praktischen Kriegsdienstes selber mitthuend erlerne.“ — Die neuesten Depeschen aus Serbien behaupten, die Kriegserklärung sei nunmehr erfolgt, Fürst Milan zur Armee gegangen und diese habe die türkische Grenze bereits überschritten. Indessen bleibt noch abzuwarten, ob sich die Wahrheit dieser Nachrichten bestätigt, wenn wir auch keinen Augenblick an der Möglichkeit des Ausbruchs des Kriegs mehr zweifeln können.

Schweiz. Aus dem Nationalrath dringen wenig tröstliche Dinge in das Publikum. So verlautet als unwiderlegbar, daß die Rechnung des laufenden Jahres mit einem Deficit von beiläufig 3 Millionen Francs abschließen werde. Wenn das so fort geht, so tritt die Nothwendigkeit an den Bund heran, bei den Kantonen nach Maßgabe des Skatagesetzes Geldbeiträge zur Deckung des eidgenössischen Deficits zu erheben. Dies ist eine Angelegenheit von hoher Bedeutung; denn es herrscht überhaupt schon eine politische Mißstimmung im Volke und wenn man verhüten will, daß dieselbe nicht weitere Dimensionen annehme und sich geradezu gegen die neue Bundesverfassung selbst richte, so muß vor Allem danach getrachtet werden, das Gleichgewicht in den Einnahmen und Ausgaben des Bundes wieder herzustellen.

Italien. Die Beratungen der Eisenbahnkonventionen in der italienischen Deputirtenkammer scheinen einen günstigen Fortgang nehmen zu sollen, nachdem der Führer der Rechten, Sella, erklärte, dem Pariser Additionalvertrage keine principielle Opposition machen zu wollen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Zanardelli, widerlegte die von dem Deputirten Luzzati gegen den Betrieb der Bahnen durch Privatgesellschaften gemachten Einwendungen und hob hervor, daß das gegenwärtige Kabinet aus wirthschaftlichen und politischen Gründen die Baseler Konvention nicht einfach acceptiren konnte. — Bei der fortgesetzten Diskussion der Eisenbahnvorlage kündigte Sella an, daß er demnächst einen Antrag einbringen werde, der die Berathung der Betriebsfrage im Sinne habe. Nachdem die ersten Artikel der Baseler Konvention in einer längeren Diskussion erörtert waren, wurde schließlich der ganze Gesetzentwurf mit 344 gegen 35 Stimmen angenommen.

Frankreich. Während die vom Unterrichtsminister Waddington eingebrachte Vorlage, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Unterrichtsfreiheit im Senate Schiffbruch zu leiden und eine Ministerkrisis heraufzubeschwören droht, wird allem Anscheine nach der von einer parlamentarischen Kommission ausgearbeitete Municipalgesetzentwurf in der Deputirtenkammer zu heftigen Kämpfen Veranlassung bieten. Der Beschluß der Kommission, die Abfassung des Gemeindegesetzes zu vertagen und bis auf Weiteres der Regierung die Ernennung der Ratspräsidenten nicht bloß in den Hauptstädten der Departements und Arrondissements, sondern auch in denjenigen der Kantone zu überlassen, begegnet nämlich im republikanischen Feldlager immer entschiedenerem Widerspruche, so daß ein Konflikt innerhalb der Parteigruppen der Linken selbst als unvermeidlich gilt.